

## **Niederschrift**

der Sitzung des Verbandsgemeinderates vom 13.02.2019

Beginn: 19:00 Uhr  
Ende: 20:40 Uhr  
Ort: Sitzungszimmer der Verwaltung  
Anwesende: lt. Anwesenheitsliste  
Entschuldigt: Hr. Ohst, Hr. Wipper, Hr. P. Müller, Hr. Dr. Beichler  
Gäste: Hr. W. Smolin  
Verwaltung: Fr. Dilge – FBL Finanzen  
Fr. Rhein – FDL Haushaltswesen  
Fr. Gorsler - Protokoll

## **Tagungsverlauf**

### **Öffentlicher Teil**

#### **1) Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ratsmitglieder und Vertreter der Verwaltung. Als Gast wird der Bürgermeister der Gemeinde Völpe, Herr Smolin begrüßt. Herr Müller stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie mit Anwesenheit von 22 Ratsmitgliedern die Beschlussfähigkeit fest.

#### **2) Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Zur vorliegenden Tagesordnung gab es keine Änderungsanträge. Sie wurde einstimmig bestätigt und es wurde entsprechend der Tagesordnung verfahren.

#### **3) Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Verbandsgemeinderates vom 05.12.2018**

Die Niederschrift der Sitzung vom 05.12.2018 wurde mit fünf Stimmenthaltungen mehrheitlich bestätigt.

#### **4) Bekanntgabe der abschließenden Beschlüsse des nichtöffentlichen Teils der letzten Sitzung des Verbandsgemeinderates vom 05.12.2018**

Im nichtöffentlichen Teil der letzten Sitzung des Verbandsgemeinderates wurden keine Beschlüsse gefasst, sodass eine Bekanntgabe entfiel.

#### **5) Bericht des Verbandsgemeindebürgermeisters über die Ausführung gefasster Beschlüsse**

Der Bürgermeister informiert über die Ausführung der in der letzten Sitzung gefassten Beschlüsse.

#### **6) Bekanntgabe der abschließenden Beschlüsse des Hauptausschusses**

Im Hauptausschuss wurden keine abschließenden Beschlüsse gefasst, so dass eine Bekanntgabe entfiel.

## **7) Einwohnerfragestunde**

Vonseiten des Gastes gab es keine Anfragen an den Verbandsgemeinderat.

## **8) Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019**

Die Unterlagen zum Haushalt 2019 lagen den Ratsmitglieder in Papier- bzw. digitaler Form vor.

Frau Rhein als zuständige Fachdienstleiterin und Haushaltssachbearbeiterin erläuterte den Anwesenden unter zu Hilfenahme eines Beamers einige Haushaltsschwerpunkte.

Eingangs ihrer Ausführungen ging sie auf die Ergebnisrechnung 2018 ein. Der Haushalt 2018 wurde mit einem Fehlbetrag abgeschlossen, der um 84.344 € höher ausgefallen ist, als mit der Haushaltsplanung angenommen. Die Deckung des Fehlbetrages ist aber durch Rücklagen gesichert. Aufgrund der ausgebliebenen Fördermittel für die Kita Wefensleben und Turnhalle Hötensleben kam es zu Liquiditätsproblemen für die Verbandsgemeinde, sodass die Finanzhilfe einer Mitgliedsgemeinde in Anspruch genommen werden musste. Der Haushaltsplan 2019 weist anhand der vorliegenden Haushaltssatzung mehr Erträge als Aufwendungen auf, sodass die Beschlussfassung mit einem Plus vollzogen werden kann. Allerdings gestaltet sich die Entwicklung im Laufe des Haushaltsjahres schwierig, betonte Frau Rhein bereits an dieser Stelle. Der Umlagesatz bleibt gegenüber dem Vorjahr unverändert, trotzdem steigen die Umlagebeträge für die meisten Mitgliedsgemeinden, bis auf die Gemeinde Völpke. Auf Nachfrage von Ratsmitgliedern wurden die genauen Summen von Frau Rhein bekanntgegeben.

Frau Dilge als zuständige Fachbereichsleiterin erläutert, dass Ursache für die höheren Umlagezahlungen höhere Steuereinnahmen der Gemeinden oder allgemeine Zuweisungen sind und hierfür die entsprechenden Rückstellungen gebildet wurden.

Fortführend erläuterte Frau Rhein die wesentlichsten Positionen des Ergebnishaushaltes sowohl bei den Erträgen als auch bei den Aufwendungen.

Anhand von Vergleichsübersichten über einen Jahreszeitraum 2013 – 2018 verdeutlichte die Finanzverwaltung die Entwicklung bei den Grundstücksunterhaltungskosten (Strom/Gas) sowie den Reinigungskosten in den Kindertageseinrichtungen und Grundschulen und gab den Ratsmitgliedern Erklärungen für die zum Teil gravierenden Kostenschwankungen.

In diesem Zusammenhang fragte Herr Buchwald nach, ob es einen derartigen Vergleich auch unter den einzelnen Einrichtungen gibt.

Herr Frenkel teilte daraufhin mit, dass die Hausmeister der Verwaltung angewiesen sind, die Zählerstände monatlich abzulesen und den zuständigen Mitarbeitern der Verwaltung zur Kontrolle und Analyse zu übergeben haben.

Bevor in die Fragestunde eingestiegen wurde, traf Frau Rhein anhand weiterer Folien Aussagen zu den Einzahlungen 2019, dem Finanzmittelbestand, den Verbindlichkeiten und den Verpflichtungsermächtigungen der Verbandsgemeinde.

Zu den schwankenden Verbrauchskosten in den Einrichtungen und Schulen wurde von Herrn Falke der Hinweis gegeben, bei der nächsten turnusmäßigen Ausschreibung die Stadtwerke Schönebeck mit einzubeziehen, da er auf dem privaten Sektor mit diesem Unternehmen gute Einsparpotentiale erzielen konnte. Weitere Einsparpotentiale sieht er bei den Reinigungskosten.

Frau Jung-Beckermann hinterfragte die Position „Ersatzpflanzungen“ bei den Feuerwehren.

Der Einbau von Löschwasserbehältern in Drackenstedt, Druxberge und Ohrsleben war mit diesen Ersatzpflanzungen beauftragt, erklärte Herr Frenkel diese Position.

Herr Küstermann zog ein positives Resümee und sprach der Verwaltung seinen Dank für

die geleistete Arbeit bei der Haushaltsplanerstellung aus. Die noch während der Vorberatung durch den Hauptausschuss aufgeworfenen Fragen wurden heute ausführlich beantwortet. Einziger Kritikpunkt für ihn bleibt die Defizitzahlung im Bereich der Kindertageseinrichtungen, hier speziell für Wackersleben. Was den Personalbestand bzw. –bedarf in der Verwaltung anbelangt, so hinterfragt Herr Küstermann, ob ein Vergleich zu ähnlich großen Verwaltungen angestellt wurde. Lt. der SIKOSA wird von einem Wert von 3 VbE auf 1000 Einwohner ausgegangen und nach seiner Berechnung liegt die Verbandsgemeinde Obere Aller bei 3,17 VbE/1000 Einwohner. Damit sei der Personalbestand zwar leicht erhöht, aber aus seiner Sicht in Ordnung.

Kritisch zu betrachten ist nach wie vor die Arbeit der Bauverwaltung und Herr Küstermann drückt an die Stelle sein Unverständnis darüber aus, dass sich die Verwaltungsleitung mit der ständig vorherrschenden Kritik und Unzufriedenheit der Mitgliedsgemeinden so angreifbar macht. Die Kritikführung an der Bauverwaltung überdeckt die weitestgehend gute Arbeit der übrigen Beschäftigten der Verwaltung. Hier sieht er dringenden Handlungsbedarf vonseiten der Verwaltungsleitung.

Herr Jordan fragte nach dem Stand in Sachen „Neubau Feuerwehrgerätehaus“.

Zunächst ging der Bürgermeister auf die Personalproblematik und der Kritik an der Bauverwaltung ein. Der derzeitige Personalbedarf entsprechend der SIKOSA-Studie beträgt in der Kernverwaltung 47,0 VbE, wobei der Personalbedarf für die Wohnungsverwaltung dabei ausgeschlossen ist. Hinzu kommen die vom Verbandsgemeinderat genehmigte zusätzliche Stelle für die Bauverwaltung sowie eine weitere Auszubildendenstelle. In der Kindertageseinrichtung besteht ein erhöhter Personalbedarf aufgrund des geänderten Personalschlüssels und der großen Nachfrage. Alle Kindereinrichtungen sind mit nahezu 100 % ausgelastet, teilweise wurde in der Vergangenheit mit Wartelisten gearbeitet. Hinzu kommen drei Praktikantenstellen, die nunmehr nach dem TVöD entlohnt werden.

Die Kritik an der Bauverwaltung ist der Behördenleitung natürlich bekannt und missfällt ihr ebenso, allerdings, so der Bürgermeister, müsse er auch eine Lanze brechen, da die Vielzahl an Förderprojekten einen gewaltigen Verwaltungsaufwand mit sich bringt und somit andere Maßnahmen zwangsläufig zurückstecken müssen.

Zum Neubau Feuerwehrgerätehaus berichtet der Bürgermeister, dass die Verbandsgemeinde einen Fördermittelbetrag über 765 T€ erhalten habe. Basis für den Fördermittelantrag bildeten Kostenschätzungen des Planungsbüros aus dem Jahr 2016. Nunmehr teilt das zuständige Planungsbüro in einem persönlichen Gespräch am 19.03.2019 mit, dass eine Preissteigerung von 25 % = 500 T€ zu erwarten ist, wollte man an der geplanten Bauweise festhalten.

Der Bürgermeister schlägt dem Rat daher vor, den Haushaltsplan 2019 in der vorliegenden Form zu beschließen und darauf aufbauend folgende Schritte einzuleiten:

- Antrag auf Fristverlängerung für den Förderzeitraum bis 2020 (lt. Bescheid Fertigstellung und Abrechnung bis 09/19) beim Fördermittelgeber einreichen
- Anzeige der allg. Preissteigerungen beim Fördermittelgeber und Antragstellung auf Anpassung der Fördersumme.

Nach Genehmigung des Haushaltsplanes obliegt es dem Bürgermeister eine Haushaltsperre zu verhängen, um damit die Möglichkeit zu haben, alle Haushaltspositionen noch einmal in ihrer Dringlichkeit und Notwendigkeit zu prüfen, um weitere Finanzmittel für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses freizusetzen.

In einem weiteren Gespräch mit dem zuständigen Planer soll die Ausbauvariante noch einmal besprochen werden, um hierdurch eine Reduzierung bei den Baukosten zu erreichen.

Ziel der Verwaltung ist es, vor Ablauf der Legislaturperiode dann einen entsprechenden Nachtragshaushalt zu verabschieden.

Ein weiteres Problem stellt das Gebäude der Hortbetreuung der Kita Marienborn dar. Ein Abriss des sogenannten „Spatzenhauses“ ist unumgänglich. Um die Hortbetreuung auch künftig absichern zu können, bieten sich hier zwei Möglichkeiten, so der Bürgermeister:

1. Anbau an das bestehende Kita-Gebäude – Förderung über Programm des Bundes möglich, allerdings an hohe Auflagen geknüpft, wie z.B. Demografiecheck oder
2. Bau eines Holzblockhauses ohne Förderung (Kosten ca. 130 T€).

Der Sozialausschuss wird sich in seiner Sitzung am 19.02.2019 vor Ort ein Bild machen und hierzu beraten.

In Bezug auf den Neubau des Feuerwehrgerätehauses stellte Herr Jordan die Frage, weshalb das Kreditvolumen nicht um die 500 T€ erhöht wird?

Hierauf erwiderte der Bürgermeister, dass die Verwaltung bereits eine Kreditgenehmigung in Höhe von 1,14 Mio.€ im Zuge des Haushaltes 2018 genehmigt bekommen hat und eine Erhöhung des Kreditvolumens zum einen Gegenstand der Haushaltssatzung und Bestandteil der HH-Planung sein muss und es zum anderen der erneuten Genehmigung durch die Kommunalaufsicht bedarf. In Abstimmung mit dem zuständigen Fachbereich wurde sich für den vom Bürgermeister vorgeschlagenen Weg entschieden, um den Haushalt 2019 nicht noch einmal überarbeiten zu müssen.

Herr Buchwald weist daraufhin, dass die Verbandsgemeinderäte mit der Verabschiedung des Haushaltes die Verantwortung tragen für die finanzielle Situation der Mitgliedsgemeinden. In einer Übersicht sollten die Einnahmesituation der einzelnen Gemeinden und die Höhe des Umlagebetrages gegenübergestellt und betrachtet werden.

Frau Jung-Beckermann betrachtet die Haushaltssperre als gangbaren Weg. In den letzten Jahren wurde viel investiert in den Bereichen Kita/Schulen/FF, sodass man hier an das Verständnis appellieren sollte, für ein Jahr auf größere Investitionen zu verzichten.

#### **Beschluss: 01/2019**

Der Verbandsgemeinderat der Verbandsgemeine Obere Aller beschließt die Haushaltssatzung lt. beigefügter Anlage für das Haushaltsjahr 2019.

**Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen / 0 Nein- Stimmen / 0 Enthaltungen**

#### **9) Berufung des Gemeindewahlausschusses zu den Kommunalwahlen und der Bürgermeisterwahl der Gemeinde Völpke am 26.05.2019**

Nach kurzen Erläuterungen des Bürgermeisters zum Beschlussgegenstand kam dieser zur Abstimmung.

#### **Beschluss: 02/2019**

Der Verbandsgemeinderat beruft folgende Personen in den Wahlausschuss zu den am 26.05.2019 stattfindenden Europa-, Kommunal- und Bürgermeisterwahlen.

|          |                                          |                                                                  |
|----------|------------------------------------------|------------------------------------------------------------------|
| Vorsitz: | Frau Bärbel Kuch<br>Gemeindewahlleiterin | Stellvertreter: Herr Thomas Malcher<br>stell. Gemeindewahlleiter |
|----------|------------------------------------------|------------------------------------------------------------------|

|            |                                                               |                                                                                                              |
|------------|---------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Beisitzer: | Frau Petra Herzberg<br>Frau Dolores Fuhrmann<br>Frau Ina Fink | Stellvertreter: Frau Ute Schoof<br>Stellvertreter: Frau Helma Kempe<br>Stellvertreter: Frau Kerstin Wettengl |
|------------|---------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Frau Carola Ziesenitz

Stellvertreter: Frau Anita Arnold

**Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen / 0 Nein- Stimmen / 0 Enthaltungen**

**10) Anfragen und Anregungen der Ratsmitglieder**

Von Frau Schoppenhauer wurde mit Bezug auf die Diskussion zum Haushalt 2019 angeregt, für die Kindertageseinrichtungen und Schulen einen Energieausweis bezogen auf die Nutzfläche erstellen zu lassen. Dieser bietet die Möglichkeit der Vergleichbarkeit der Einrichtungen untereinander und bringt gleichzeitig den Nachweis zur Aushangpflicht.

Von Frau Jung-Beckermann wurde im Hinblick auf die endende Legislaturperiode an die Aktualität des Internetauftritts der VerbGem, insbesondere bei den Kindertageseinrichtungen und Schulen erinnert. Der Sozialausschuss hatte sich in zwei Sitzungen intensiv mit diesem Thema befasst und Hinweise und Anregungen gegeben.

Herr Buchwald wiederholte sein Ansinnen, dass für Barneberg ein Antrag auf Flurneuordnung bei ALFF eingereicht werden sollte.

**11) Mitteilungen der Verwaltung**

Die bekanntzugebenden Mitteilungen der Verwaltung flossen bereits in die Diskussion zum Haushalt 2019 mit ein, so der Bürgermeister.